

**K-3-123: Solidarität grenzenlos!**

Antragsteller\*innen      Ali Khademolhosseini

**Antragstext**

**Von Zeile 122 bis 123 einfügen:**

Solidarität bedeutet für uns auch, dass wir uns gegen diese Art von Außenpolitik zur Wehr setzen und hier in Deutschland Druck für Veränderung machen.

Der Schutz, die Unterstützung und die Förderung der Demokratie müssen zu einem zentralen Element der Außenpolitik und der Außenbeziehungen der EU werden. Es braucht eine aktive Unterstützung pro-demokratischer Bewegungen durch die EU. Dafür braucht es eine europäische Koordination, die alle Möglichkeiten identifizieren soll, Wege zu finden, solche Bewegungen zu unterstützen. Dafür braucht es finanzielle Mittel, welche flexibel und langfristig zur Verfügung gestellt werden, um eine Planung und Anpassung an die sich ständig entwickelnden Bedürfnisse der Bewegungen zu gewährleisten. Dabei sollen neben Dissident\*innen und Aktivist\*innen auch Gewerkschaften und Akteure der Zivilgesellschaft sowie demokratiefördernde Medien finanziell unterstützt werden. Zudem sollen europaweit Möglichkeiten zur Vernetzung, Zusammenarbeit und Strategieentwicklung für diese angeboten werden. Wir stehen dafür ein, jedem Menschen seine Rechte und Würde zu garantieren. Dieses universalistische Menschenbild wollen wir mit den beschriebenen Maßnahmen unterstützen und erkämpfen. Unabhängig davon, wo Menschen leben, haben sie das Recht, Hilfe zu verlangen und zu erhalten, um ihre grundlegenden Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Wir streiten dafür, dass jeder Mensch das Recht auf Hilfe hat!

**Begründung**

Dieser Antrag ist eine Modifizierte Übernahme des K2 und ist mit dem Bundesvorstand geeint, die signalisiert haben diesen Antrag so übernehmen zu wollen.

**J-1-061: Europa. Solidarisch. Grenzenlos.**

Antragsteller\*innen      Ali Khademolhosseini

**Antragstext**

**Nach Zeile 61 einfügen:**

11. Ein solidarisches Europa in einer Instabilen Welt! Tagtäglich sind Millionen von Menschen von Autokratismus und Menschenrechtsverletzungen betroffen. Seien es die Menschen im Iran unter dem Mullah-Regime oder die Menschen in Russland unter der Diktatur Putins. In dieser instabilen Welt braucht es ein stabiles Europa, das dagegen hält. Gerade in diesen Zeiten hat jeder das Recht, Hilfe zu verlangen und zu erhalten.

**Begründung**

erfolgt mündlich bzw. wird durch einen weiteren Antrag begründet

## J-2-023: Für einen Ost New Deal

Antragsteller\*innen      Lina Kornmüller

### Antragstext

#### Von Zeile 22 bis 26:

~~Die Erinnerungskultur in Ostdeutschland krankt aber noch an anderen Stellen: Die DDR-Geschichtsschreibung fokussiert bis heute vor allem auf die Unterdrückungsmechanismen des SED-Regimes. Was fehlt, ist die Mehrheit der DDR-Bevölkerung – und ihr Einsatz für einen demokratischen Staat.~~ In der Erinnerung an die DDR stehen die Unterdrückungsmechanismen des SED-Regimes, sowie die Überwindung derer durch die friedliche Revolution im Fokus. Ergänzend dazu braucht es ein breiteres Befassen mit Alltag und Widerstand in der DDR, sowie den Umbruchsprozessen nach 1989.

### Begründung

Neben den Unterdrückungsmechanismen ist zumindest die friedliche Revolution und damit auch der Einsatz aus der Bevölkerung im Jahr 1989 im Fokus der Erinnerungskultur. Dies alleine greift allerdings zu kurz. Insbesondere braucht es zusätzlich dazu auch ein breiteres Befassen mit dem Themenkomplex Alltag in der DDR. Auch zeigte sich demokratischer Einsatz/ Widerstand nicht erst 1989. Hierbei handelt es sich aber i.d.R. um eine andere Perspektive auf die Unterdrückungsmechanismen, quasi um die Perspektive der von Unterdrückung aktiv Betroffenen, welche definitiv mehr Platz braucht. Auch wird aus dem Gesamtantrag sehr deutlich, dass es uns um eine Beschäftigung mit den Prozessen nach 1989 geht, dies soll hier auch nochmal für den Absatz über Erinnerung erwähnt werden, da das Befassen mit der DDR zu häufig mit der Wiedervereinigung 1990 aufhört, ohne langfristige Wirkungen der Umbruchsprozesse in den Blick zu nehmen.

**P-1-054: Arbeitsprogramm 2024 - grenzenlos solidarisch!**

Antragsteller\*innen      Ali Khadem

**Antragstext**

**Von Zeile 53 bis 55 einfügen:**

auseinandersetzen und hier eine vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung damit bieten.  
Parallel dazu werden wir prüfen, ob und wie ein Online-Format des Magazins geschaffen werden kann.

**Begründung**

Die digitale Transformation hat die Art und Weise, wie wir kommunizieren und Informationen teilen, revolutioniert. In diesem Kontext erkennen wir die immense Bedeutung und das Potential eines Online Mitgliedermagazins für die Grüne Jugend:

1. Bewährtes Konzept: Viele andere Jugendorganisationen haben bereits den Schritt in die digitale Welt gewagt und betreiben erfolgreiche Online-Magazine. Dies zeigt, dass es ein bewährtes und effektives Mittel ist, um junge Menschen zu erreichen und zu involvieren.
2. Archivierbarkeit und Zugänglichkeit: Mit einem Online-Format können sowohl aktuelle als auch ältere Inhalte stets zugänglich gehalten werden. Dies schafft eine wertvolle Ressource und ein Archiv für Mitglieder und Interessierte.
3. Zeitnahe Aktualität: Das digitale Format ermöglicht eine rasche Anpassung und Ergänzung von Inhalten. So können aktuelle politische oder gesellschaftliche Entwicklungen umgehend thematisiert und diskutiert werden.
4. Flexibilität in der Inhaltspräsentation: Während in gedruckten Magazinen der Platz begrenzt ist, bietet ein Online-Format die Möglichkeit, eine Vielzahl von Artikeln zu veröffentlichen, ohne dabei Kompromisse bei der Länge oder Tiefe der Inhalte eingehen zu müssen.

5. Maximierte Reichweite: Das Internet kennt keine Grenzen. Ein Online-Magazin ist weltweit erreichbar und kann somit eine viel größere und diversere Leserschaft ansprechen.
6. Stärkung der Bildungsarbeit: Das Magazin kann als zentrales Bildungstool dienen, indem es aktuelle, relevante und tiefgreifende Inhalte bereitstellt, die zur politischen Bildung beitragen.
7. Gedankliche Weiterentwicklung: Mit unserem Online-Magazin nehmen wir den Anspruch wahr, die linke Bewegung, insbesondere im deutschsprachigen Raum Europas, gedanklich weiterzuentwickeln und aktiv mitzugestalten.
8. Attraktivität für junge Menschen: Ein ansprechend gestaltetes Online-Magazin mit progressiven, linken Inhalten spricht insbesondere junge Menschen an, die sich nach fundierten, coolen und relevanten Informationen sehnen.
9. Zukunftsorientierung und Nachhaltigkeit: Ein digitales Format reduziert den Papierverbrauch und damit verbundene Ressourcen, was es nicht nur ökologisch wertvoll, sondern auch zukunftsweisend macht.
10. Aufwertung des gedruckten Magazins: Durch die Ergänzung eines Online-Magazins kann das gedruckte Mitgliedermagazin eine höhere Bedeutung und Exklusivität erlangen. Ausgewählte, besonders relevante Inhalte könnten exklusiv im Print erscheinen, was dem physischen Magazin eine besondere Wertigkeit verleiht.

In Summe ist das Online Mitgliedermagazin nicht nur eine Reaktion auf den digitalen Wandel, sondern eine proaktive Maßnahme, um die Ideale und Ziele der Grünen Jugend in der modernen Informationslandschaft wirkungsvoll zu kommunizieren und zu verbreiten. Es stellt ein Instrument dar, um unser Engagement, unsere Visionen und unsere Stimme in der heutigen vernetzten Welt hervorzuheben und zu stärken.

**P-1-293: Arbeitsprogramm 2024 - grenzenlos solidarisch!**

Antragsteller\*innen Landesvorstand der GJ Berlin (dort  
beschlossen am: 16.10.2023)

**Antragstext**

**Von Zeile 292 bis 294 einfügen:**

Mit der Erweiterung des Arbeitsbereichs Debattenorte geht es nach der umfangreichen Analyse in diesem Jahr vor allem um das Transparentmachen der Ergebnisse, das Entwickeln, Umsetzen und Ausprobieren von bestehenden und neuen Debattenorten im Verband!

**Von Zeile 310 bis 316:**

Der Arbeitsbereich Debattenorte wird damit beauftragt, sich ausgehend von den Ergebnissen der Verbandsanalyse, die für alle Mitglieder transparent aufbereitet wird, im kommenden Jahr mit konkreten Konzepten zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des Bundeskongresses auseinanderzusetzen.

~~Der Arbeitsbereich Debattenorte wird damit beauftragt, sich ausgehend von den Ergebnissen der Verbandsanalyse im kommenden Jahr mit konkreten Konzepten zur Sicherstellung~~ **Aufgrund der Zukunftsfähigkeit des Bundeskongresses auseinanderzusetzen** **finanziellen und organisatorischen Belastung werden im Rahmen dessen verschiedene Lösungen geprüft, unter anderem auch die Möglichkeit eines Delegiertensystems zu prüfen. Diese Ergebnisse werden in der Breite des Verbandes diskutiert** Prüfung findet ergebnisoffen statt. Der Arbeitsbereich berichtet, wann er woran arbeiten möchte und berichtet regelmäßig über seine Arbeit, um den Prozess transparent zu machen und die Teilhabe des gesamten Verbands zu ermöglichen. Dabei ist für ihn die Sicherung der basisdemokratischen Grundprinzipien der Grünen Jugend und

**Von Zeile 321 bis 322 einfügen:**

strukturschwachen Gebiete widmen. Die Durchführbarkeit verschiedener Konzepte wird gemeinsam mit Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle bewertet und den Mitgliedern detailliert dargelegt.

**Von Zeile 348 bis 349 einfügen:**

einzuspeisen. Dafür informiert der Arbeitsbereich regelmäßig über den aktuellen Stand des Prozesses, beispielsweise bei Veranstaltungen und digital und legt zudem die Datengrundlagen, sowie die zugehörigen Zwischenschritte dar.

**Begründung**

Beschlossen durch den Landesvorstand der GJ Berlin am 16.10.2023, auf Basis der Beschlusslage der Landesmitgliederversammlung am 07.10.2023.

**D-1-002: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen Daniel Eliasson

**Antragstext**

**Von Zeile 1 bis 4:**

**Solidarität mit Israel und seiner Bevölkerung!**

Am 07.10. hat die islamistische Terrororganisation Hamas ~~und, der Islamische Jihad in Palästina,~~ die ~~kleinere, ältere~~ PFLP, die DFLP und ~~radikalere Gruppe Palästinensischer Islamischer Dschihad~~ ggf. ~~weitere, kleinere Gruppen~~ einen terroristischen Angriff auf Israel gestartet. Es gab Luftangriffe mit tausenden

**Begründung**

Außer Hamas und PIJ waren noch andere Gruppen involviert. Ihre Beteiligung sollte nicht verschwiegen werden.

Quelle: <https://english.almayadeen.net/news/politics/side-by-side:-palestinian-resistance-factions-announce-mobil> außerdem  
[https://en.wikipedia.org/wiki/2023\\_Israel%E2%80%93Hamis\\_war#](https://en.wikipedia.org/wiki/2023_Israel%E2%80%93Hamis_war#)

**D-1-082: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen      Luis Höhne

**Antragstext**

**Von Zeile 81 bis 85:**

durchsetzen können. Wir erwarten deshalb von der EU und von der Bundesregierung, ~~dass Gelder für Projekte und Institutionen in den palästinensischen Gebieten an Organisationen fließen, die nachweisen, dass sie weder Hass noch Gewalt dulden und für eine Normalisierung mit Israel eintreten.~~ dass Gelder für humanitäre Projekte und Institutionen in die palästinensischen Gebieten fließen. Gerade in der aktuellen Situation braucht es mehr denn je die Präsenz und Unterstützung internationaler Hilfsorganisationen im gesamten Konfliktgebiet um eine Eskalation der Kampfhandlungen und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Die Gelder sollen der Zivilbevölkerung zugutekommen, nicht islamistischen Gruppen.

**Begründung**

Wir als Grüne Jugend sollten uns nie gegen humanitäre Hilfe in Kriegs- und Krisengebieten aussprechen. Es ist nicht die Aufgabe von Hilfsorganisationen, sich in irgendeinerweise in politische Konflikte zu positionieren. Sonst riskieren sie, keinen Zutritt mehr zu Gebieten zu erhalten, die unter der Kontrolle von feindlich gesinnten Regimes stehen. Eine solche Positionierung abzuverlangen würde das Bestehen von ohnehin mangelhafter humanitärer Hilfe im Gazastreifen unmöglich machen.

**D-1-077: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen      Johannes J. A. West

**Antragstext**

**Von Zeile 76 bis 77 einfügen:**

Kultur Frankfurt. Es ist gut, dass ein Betätigungsverbot die PFLP-Vorfeldorganisation "Samidoun" auf den Weg gebracht wird, der Bundeskongress erneuert in diesem Kontext außerdem die Forderung des Länderrates nach einer Einstufung der iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation sowie einer Beschlagnahmung jeglichen Vermögens, das mit Personen in Verbindung steht, die den Revolutionsgarden zugeordnet werden können. Darüber hinaus bekräftigen wir unseren auf dem 49. Bundeskongress gefassten Beschluss "Nein zu jedem Antisemitismus!", die damit verbundenen Analysen und die Bekenntnis, jegliche Zusammenarbeit mit der antiisraelischen und antisemitischen BDS-Kampagne, mit dieser verbundenen Organisationen sowie eine (Mit-)Ausrichtung von Veranstaltungen, bei denen BDS-Positionen vertreten werden, kategorisch abzulehnen.

**Begründung**

Erfolgt mündlich.

**D-1-068: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen      Johannes J. A. West

**Antragstext**

**Von Zeile 67 bis 69:**

Es ist richtig, dass die Bundesregierung Israel unterstützt: finanziell, humanitär und auch militärisch. ~~Über 100~~Etwa 200 Menschen sind gerade in Geiselhaft der Hamas. Deutschland muss sich für die Rettung der Geiseln einsetzen. Das

**Begründung**

Die IDF haben mittlerweile bestätigt, dass die Zahl der Geiseln fast doppelt so hoch ist, wie zum Zeitpunkt der Antragstellung angenommen. Zuletzt war von 199 die Rede, die Hamas behauptet sogar, dass andere Terrororganisationen weitere Geiseln in Gefangenschaft hätten.

**D-1-081: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen      Luis Höhne

**Antragstext**

**Von Zeile 80 bis 82 einfügen:**

Existenzrecht Israels anerkennende Palästinenser\*innen gegen die Hamas durchsetzen können, sowie die Israelische Regierung Abstand von autoriären, rechtsnationalen und rassistischen Positionen nimmt. Wir erwarten deshalb von der EU und von der Bundesregierung, dass Gelder für Projekte und Institutionen in den palästinensischen Gebieten an

**Begründung**

Die Israelische Regierung aus Rechten bis extrem Rechten Parteien hat das Land auf einen antidemokratischen und radikal anti-Palästinenser Kurs gebracht. Damit wird jede Aussicht auf Frieden in noch weitere Ferne gerückt, als sie durch den Terror der Hamas nicht ohnehin schon ist.



**D-1-035: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen      Bundesvorstand (dort beschlossen am:  
19.10.2023)

**Antragstext**

**Von Zeile 35 bis 39:**

Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Gaza

Wir sind solidarisch mit der Zivilbevölkerung im Gaza-~~S~~streifen, die seit Jahren unter der grausamen Terrorherrschaft der Hamas leiden muss und gerade jetzt instrumentalisiert wird. ~~Es braucht sichere Fluchtwege aus Gaza~~Unsere Gedanken sind bei den tausenden Palästinenser\*innen, die in den letzten Tagen verletzt wurden, gestorben sind oder sich nun auf der Flucht befinden. Infolge der Blockade von Strom, Wasser und Treibstoff hat sich die humanitäre Lage in den letzten Tagen immer weiter verschärft. Der Zugang zu Wasser, ~~Medikamente und~~Medikamenten, lebensnotwendigen Waren und humanitärer Hilfe muss deshalb dringend gewährleistet werden. Wir begrüßen, dass die EU nun eine Luftbrücke zur Versorgung der Menschen in Gaza eingerichtet hat und erwarten von allen in der Region nun maximale Bereitschaft dazu, die humanitäre ~~Hilfe~~Situation zu verbessern. Außerdem braucht es jetzt dringend sichere Fluchtwege aus Gaza; auch dafür tragen alle in der Region eine Verantwortung.

**Begründung**

Der bisherige Abschnitt wird ersetzt und durch einen ausführlicheren, der aktuellen Situation entsprechenden Einschätzung, ergänzt.

**D-1-085: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen      Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND  
Hamburg (dort beschlossen am:  
20.10.2023)

**Antragstext**

**Von Zeile 84 bis 85 einfügen:**

und für eine Normalisierung mit Israel eintreten. Die Gelder sollen der Zivilbevölkerung zugutekommen, nicht islamistischen Gruppen. Außerdem müssen sich die Lebensbedingungen für die Palästinenser\*innen langfristig verbessern, denn Armut und Perspektivlosigkeit sind ein Nährboden für Extremismus.

**D-1-065: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND  
Hamburg (dort beschlossen am:  
20.10.2023)

**Antragstext**

**Von Zeile 64 bis 66 einfügen:**

brennenden Israel-Flaggen und Angriffen auf jüdische Einrichtungen weltweit nicht weit.

Mit Sorge beobachten wir eine Zunahme von Anfeindungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen auf Jüdinnen\*Juden und Synagogen. Wir erwarten, dass Jüdinnen\*Juden in Deutschland in den nächsten Tagen und Wochen ganz besonders und effektiv geschützt werden.

Wir weisen Rassismus entschieden zurück!

Dass der Angriff der Hamas auf Israel und die gerechtfertigte Wut auf diejenige, die die Gräueltaten der Hamas auf unseren Straßen feiern, nun in den letzten Tagen immer wieder für rassistische Debatten in Deutschland genutzt wurde, ist schäbig: In Deutschland lebende Muslim\*innen kollektiv zu unterstellen, die Gräueltaten der Hamas gutzuheißen, ist schlicht rassistisch. Auch die nun zunehmenden Abschiebedebatten weisen wir entschieden von uns. Antisemitismus bekämpft man nicht, indem man sich an rassistischen Scheindebatten beteiligt.

Versammlungsfreiheit wahren - Antisemitismus entschieden ahnden!

Wenn Menschen hier in Deutschland pauschal für ihre Trauer um die Menschen im Gazastreifen und ihre Solidarität mit Palästinenser\*innen kriminalisiert werden, schafft das weitere Nährboden für islamistische Radikalisierung. Wir erwarten von den Behörden hier, dass in der aktuellen Situation stets im Einzelfall abgewogen wird, ob Demonstrationen stattfinden können oder verboten werden. Klar bleibt jedoch, dass jegliche Form von Antisemitismus und Volksverhetzung nicht geduldet werden darf und dass entsprechende Vorfälle unterbunden und geahndet werden müssen.

**D-1-031: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen      Luis Höhne

**Antragstext**

**Von Zeile 31 bis 35:**

~~Es ist gut und wichtig, dass das israelische Militär den Schutz der palästinensischen Bevölkerung durch das Ausrufen sicherer Orte und durch Warnung der Zivilbevölkerung priorisiert. Unschuldige Palästinenser\*innen sollten nicht für den Terror der Hamas, des Islamischen Dschihad und schlussendlich auch des Mullah-Regimes bestraft werden.~~  
Unschuldige Palästinenser\*innen sollten nicht für den Terror der Hamas, des Islamischen Dschihad und schlussendlich auch des Mullah-Regimes bestraft werden. Israel hat das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich und seine Bevölkerung zu verteidigen. Mit diesem Recht geht auch die Pflicht einher, sich an internationales Recht und Abkommen zu halten. Die Palästinensische Bevölkerung hat gemäß der Osloer Veträge ein Recht auf Leben und Selbstbestimmung innerhalb der autonomen Gebiete. Deshalb muss im Kampf gegen die Hamas der Schutz aller Zivilist\*innen, die humanitäre Hilfe der Menschen in Gaza und die Rückkehr in die Autonomen Gebiete in Nord-Gaza so weit wie möglich gewährleistet werden.

**D-1-008: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen Leonie Wingerath, Luisa Böldt

**Antragstext**

**Von Zeile 7 bis 9:**

es genau gegeben hat, weiß man noch nicht. Hunderte Menschen werden weiter vermisst, weil sie als Geiseln entführt wurden. Dieser ~~barbarische~~brutale Terror ist durch nichts zu rechtfertigen.

**D-1-034: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen Leonie Wingerath, Luisa Böldt

**Antragstext**

**Von Zeile 33 bis 35:**

der Zivilbevölkerung priorisiert. Unschuldige Palästinenser\*innen sollten nicht ~~für den~~  
~~Terror~~wegen des Terrors der Hamas, des Islamischen Dschihad und schlussendlich auch  
des Mullah-Regimes ~~bestraft werden~~leiden müssen und sterben..

**D-1-057: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen Leonie Wingerath, Luisa Böldt

**Antragstext**

**Von Zeile 55 bis 58 löschen:**

Der Terror der Hamas soll eine friedliche Beilegung der Konflikte verhindern. Wir verurteilen diesen Terror aufs Schärfste! Wir sind in Solidarität mit den ~~fortschrittlichen~~ Palästinenser\*innen, die sich für eine nachhaltige friedliche Koexistenz mit Israel frei vom Einfluss des islamistischen Mullah-Regimes und

**Begründung**

Da der Begriff "fortschrittlich" nicht näher definiert wird, würden wir das Wort gerne aus dem Antrag streichen, um Missverständnissen vorzubeugen.

**D-1-091: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen Leonie Wingerath, Luisa Böldt

**Antragstext**

**Von Zeile 90 bis 92 einfügen:**

Antisemitismus und Projekte zum Austausch zwischen Menschen in Deutschland und Israel. Darüber hinaus braucht es weiterhin Geld für Projekte, die den Dialog von Betroffenen mit unterschiedlichen, persönlichen Bezügen in den Nahen Osten, die in Deutschland leben, fördern.

**D-1-093: Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Antragsteller\*innen Leonie Wingerath, Luisa Böldt

**Antragstext**

**Von Zeile 92 bis 94 einfügen:**

Wir nehmen wahr, dass die jüngsten Geschehnisse im Nahen Osten viele Mitglieder sehr umtreiben und viel Gesprächsbedarf dazu besteht. Der Bundesvorstand macht sich Gedanken über Formate von Bildungsarbeit zu den aktuellen Geschehnissen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, die ausreichend Raum für Dialog und unterschiedliche Perspektiven geben.

**Wir stehen für universelle Menschenrechte - egal wo, egal für wen!  
Gegen die Feinde der befreiten Gesellschaft und hoch die internationale**

**V-2-091: Queer Fights United!**

Antragsteller\*innen      Bundesvorstand (dort beschlossen am:  
09.10.2023)

**Antragstext**

**Von Zeile 90 bis 92:**

flächendeckende, spezialisierte und vor allem kostenfreie Versorgung für **genderqueere Menschen** Menschen, die beispielsweise eine medizinische Transition vornehmen wollen, sichergestellt werden! Die Änderung von Namen und Personenstand sind das Eine - für viele Menschen bedeutet eine Transition

**V-3-001: Nieder mit den KfW Studienkredit Zinsen**

Antragsteller\*innen      Bundesvorstand (dort beschlossen am:  
16.10.2023)

**Antragstext**

**Von Zeile 1 bis 8:**

~~Das deutsche Bildungssystem zeigt klare Risse und die Finanzierung des Studiums bleibt ein Dorn im Auge vieler junger Menschen. Wie kann es sein, dass in einer Zeit, in der Bildungszugang und Finanzierung bereits prekär sind, die Zinssätze für Studienkredite noch weiter steigen?~~ Schon seit Jahren wird immer weiter an unserer Bildung und unserer Zukunft gespart. Marode Schulen, Personalmangel an allen Ecken und Enden und im Studium wird es nicht besser. Sogar im Gegenteil! Das deutsche Bildungssystem zeigt klare Risse und die Finanzierung des Studiums bleibt ein Dorn im Auge vieler junger Menschen.

Immer ferner rückt die Illusion, dass „nur genug Leistung“ auch Erfolg bringt. Das Versprechen von Aufstieg und Chancengerechtigkeit ist für unsere Generation nichts weiter als ein neoliberales Märchen.

Denn während die Lebenshaltungskosten immer weiter steigen, die Löhne stagnieren und der Rotstift der Bundesregierung auch vor dem BAföG keinen Halt macht, steigen die Zinsen auf Studienkredite der staatlichen KfW-Bank drastisch an. Studieren ist für viele eine Schuldenfalle geworden.

~~Sie haben es gewagt, den Zinssatz des KfW-Studienkredits auf 7,82 Prozent anzuheben. Dies steht in klarem Widerspruch zu den Prinzipien eines sozialen Staates. Der Druck auf die Studierenden ist enorm, gerade wenn man die allgemeinen Lebenskosten bedenkt.~~ Lag der Zinssatz im Oktober 2022 schon bei 5%, erreichte er im April 2023 7,8% und ist jetzt bei fast 9%. Der Druck auf die Studierenden ist enorm, denn infolge der Pandemie und der Inflation sind immer mehr Studierende darauf angewiesen, einen Kredit aufzunehmen, um sich das (Über)leben während des Studiums finanzieren zu können.

**Von Zeile 13 bis 20:**

~~Zinsstopp~~ Zinsen auf 0%! : Keine Für Studierende ist ein Studienkredit die letzte Option.

um sich ein Studium finanzieren zu können. Studierende sollten nicht durch Not in Schulden fallen. Deshalb darf es keine weiteren Zinserhöhungen für Studienkredite geben. Die aktuellen Zinssätze haben bereits eine Grenze ~~erreicht~~überschritten, die für viele Studierende nicht mehr tragbar ist. Deshalb fordern wir eine sofortige Zinssenkung mit dem langfristigen Ziel von 0% Zinsen!

~~Zinsübernahme durch die Bundesregierung: Die Bundesregierung sollte in die Pflicht genommen werden, die anfallenden Zinsen für Studienkredite zu übernehmen. Dies würde nicht nur die finanzielle Belastung für Studierende erheblich reduzieren, sondern auch ein klares Signal setzen, dass Bildungsinvestitionen eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung sind.~~

#### **Von Zeile 29 bis 30 einfügen:**

BAföG-Zugang: Nur etwa 11% der Studierenden erhält Bafög und das wird sich mit den Kürzungen im nächsten Bundeshaushalt wahrscheinlich noch verschlechtern. Gleichzeitig wird die lang überfällige Bafög-Reform auf mickrige Kompromisse eingestampft. Der Zugang zum BAföG ist unzureichend und muss erweitert werden. Alle Studierenden, unabhängig von ihrem Hintergrund, sollten Anspruch darauf

#### **Von Zeile 33 bis 37:**

Es ist nicht vertretbar, dass Studierende, ~~die~~ auf solche Kredite angewiesen sind, ~~so stark belastet werden~~ um sich ein Studium zu finanzieren. Wir, die jüngere Generation, müssen für besseren Bildungszugang und -finanzierung kämpfen. ~~Die Investition~~ Investitionen in ~~die unsere~~ Bildung ~~der jungen Generation sollte~~ sollten keine Bürde für die Studierenden selbst sein, sondern eine Priorität für die gesamte Gesellschaft. Als GRÜNE JUGEND werden wir hierfür mit unseren Bündnispartner\*innen aus Hochschulpolitik und Gewerkschaften kämpfen!

## V-6-008: Ausschluss von klientelorientierten Förderprogrammen

Antragsteller\*innen      Bundesvorstand Grüne Jugend (dort  
beschlossen am: 16.10.2023)

### Antragstext

#### Von Zeile 7 bis 19:

Der gesamte Fördertopf umfasste 300 Mio. Euro. 300 Mio. Euro, die aus dem Haushaltstopf des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr stammen.

Niemand soll von solchen Programmen ausgeschlossen werden. Im Gegensatz zu anderen KfW-Der Ausbau von Solarstromanlagen und Speichern kann und darf nicht an fehlenden Investitionsmitteln scheitern. Förderungen gibt Daher müssen Haushaltsmittel der Bundesregierung so viele Mittel zur Verfügung stellen, wie sie abgerufen werden. Denn es ~~keine Einkommensobergrenze~~ fehlt nicht an Geld, sondern an guter, solidarischer und ökologischer Politik.

~~Deswegen ist nicht auszuschließen, dass Nutznießer:innen zu den eher Wohlhabenden der Mitbürger gehören. Es ist nicht auszuschließen, dass in vielen Fällen, auch ohne staatliche Förderung errichtet, diese Photovoltaikanlagen errichtet worden wären. Diese Mittel fehlen jetzt für eine sozial gerechte Verkehrswende.~~

~~Daher fordern wir:~~

~~Für alle Förderprogramme, für die Haushaltsmittel des Bundes, der Länder oder der Kommunen eingeplant werden, muss eine Einkommensobergrenze gelten.~~

~~Mittelfehlallokationen sind nicht zuletzt aufgrund der überall knappen Haushaltsslage dringend zu vermeiden.~~

### Begründung

Wir wollen den Verteilungskampf um knappe Haushaltsmittel nicht mitmachen, sondern kämpfen für die notwendigen Investitionen für einen gerechten Klimaschutz und eine ambitionierte Energiewende.



sehen auch die Menschen, die morgens mit dem Auto zur Arbeit fahren oder in den dringend benötigten Urlaub reisen wollen, als unsere Verbündeten im Kampf für eine Gesellschaft, in der Kapitalinteresse nicht mehr über die Zukunft auf unserem Planeten gestellt werden.

Insbesondere in unserer Zusammenarbeit mit Gewerkschaften bekommen wir immer wieder gespiegelt, dass viele Beschäftigte Straßenblockaden und ähnliche Aktionen als Aktionen gegen die breite Mehrheit verstehe, wodurch sie von linken Kämpfen abgeschreckt werden.

Dabei verstehen wir die Verzweiflung über das fehlende Handeln der Regierungen auf die eskalierende Klimakrise zu reagieren und sich auf diese Art für Klimaschutz einsetzen möchten, jedoch teilen wir ihre Strategie nicht.

Wir möchten jedoch auch klar betonen: Die verstärkten Repressionen gegen Klimaaktivist\*innen und ihre zunehmende Kriminalisierung sind eine Gefahr für jeden gesellschaftlichen Widerstand. Beispielhaft hierfür stehen die zahlreichen Versuche, die Letzte Generation als kriminelle Vereinigung einzustufen und zu verbieten, sowie zahlreiche Abhöraktionen, Hausdurchsuchungen, Präventivverhaftungen und vieles mehr. Dies betrifft auch heute schon weitere Gruppen wie FFF.

Unabhängig davon, ob wir mit den Aktivist\*innen strategisch einer Meinung sind, treten wir der zunehmenden Kriminalisierung von legitimem Protest entschieden entgegen. Dass selbst Regierungsmitglieder, deren Aufgabe es wäre, sofort für effektiven Klimaschutz zu sorgen, stattdessen in den hasserfüllten Diskurs gegen Aktivist\*innen einsteigen und einseitig mit immer härter Repression drohen, verurteilen wir.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

**V-9-001: Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare abschaffen**

Antragsteller\*innen      Paul Schweiger

**Begründung**

Tippfehler beim Antragstitel